

Zu guter Letzt! Wider Containerdenken und Tunnelblick Henrik Peitsch

"Bin froh über die Klagen", so der Bundespräsident Joachim Gauck am 8.7. im ZDF Sommerinterview. Er forderte die Kanzlerin auch auf, der Bevölkerung klar und deutlich die Maßnahmen zur Rettung der Euro-Krise zu erklären: "Sie hat nun die Verpflichtung, sehr detailliert zu beschreiben, was das bedeutet, auch fiskalisch bedeutet". Die Aufklärung ist dringend notwendig. Dabei darf es aber nicht allein um die Klärung der verwendeten Begrifflichkeiten und Abkürzungen gehen.

Es muss nun endlich auch verständlich offen gelegt werden, wem die 1,3 Mrd. Euro (1.320.000.000,00 Euro – der Bundeshaushalt 2012 hat ein Volumen von ca. 306 Mrd. Euro!) des EMS (Europäischer Stabilitätsmechanismus) im Ernstfall wirklich zufließen und wer sie letztendlich aufbringen muss. Und, was kommt danach? Und, was nicht ganz unwichtig ist: Über welche Krise reden wir eigentlich? Euro-Krise oder Finanzkrise? Oder ist es doch eine Staatsschuldenkrise? Oder ist die eigentliche Krise eine Krise der in den letzten Jahrzehnten ungehemmten Kapitalakkumulation, die die Menge des „frei vagabundierenden Kapitals“ (Karl Marx) auf eine Rekordhöhe und deren Eigner in Profitrausch getrieben hat? Die Banker haben nur das getan, was alle Unternehmer in einer privatkapitalistischen Marktwirtschaft tun: Die Nachfrage der Kapitalanleger nach immer höheren Renditepapieren mit entsprechenden Zertifikaten – auch faulen – zu bedienen und daran auch noch gut zu verdienen. Dabei durfte man auch etwas kreativ sein. Denn gekauft wurde alles, was einen hohen Profit (hohes Risiko eingeschlossen) versprach.

Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte ist im Wesentlichen durch die stetig zunehmende Belastung der öffentlichen Haushalte u.a. durch steigende Sozialausgaben bei gleichzeitiger relativer Absenkung der Steuereinnahmen verursacht worden. Die Ursachen der Spanienkrise hat Günther Grunert nachvollziehbar dargestellt.

Gleichzeitig bekundete der Bundespräsident auch lobende Worte für Angela Merkel: "Ich könnte nicht, was sie kann und was sie gerade leistet". Muss er auch nicht, könnte man tröstend zu ihm sagen. Denn das Amt des Bundespräsidenten ist keine Ersatzregierung. Oder könnte man den Satz auch so verstehen, dass er es anders könnte? Nicht nur hinsichtlich der Erklärung der Krise, sondern auch in Bezug auf die Lösungen? Als ausgebildeter Pfarrer müsste er selbst mit klaren Worten die gravierenden negativen Folgen der Finanzkrise sowie der EU-Krisenpolitik für die Mehrheit der Bevölkerung in den Problemländern Griechenland sowie Spanien anprangern und eine gerechte Krisenbelastung fordern. Auch für die Krisenbewältigung in Deutschland. Man wartet auf ein deutliches Wort! Die ersten 100 Tage seit seiner Amtseinführung sind vergangen. Allerdings waren seine bisherigen „Antworten auf die drängenden Fragen der heutigen Zeit eher besorgniserregend denn zukunftsweisend“ (Albrecht Müller: Der falsche Präsident. <http://www.nachdenkenseiten.de/>).

Vor nunmehr 20 Jahren wurden in Rio de Janeiro weitreichende Beschlüsse auf dem ersten Weltklimagipfel für die Entwicklungszusammenarbeit und für eine nachhaltige Entwicklung für das 21. Jahrhundert gefasst. Betrachtet man die Bilanz und auch die Ergebnisse der in Folge statt gefundenen Konferenzen, so ist man bitter enttäuscht. Das Konzept der Agenda 21 ist vielen – auch in Politik und in den Schulen - noch unbekannt und wird gelegentlich noch mit der Agenda 2010 verwechselt. In vielen Städten sind die Ende der 90iger Jahre mit viel Elan lokal entwickelten Umsetzungskonzepte (Lokale Agenda 21) größtenteils zum Erliegen gekommen. In den Schulen reduziert sich die Leitidee „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ (BNE) häufig auf Einzelprojekte („Solaranlage auf dem Dach des Schulgebäudes“ oder „Brunnenprojekt im Süd-Sudan“). Die Finanzkrise mit ihrer zerstörerischen Wirkung auf die Volksvermögen in einigen Ländern und die dramatischen weltweiten Folgen einer nicht-nachhaltigen Entwicklung (Klimaänderungen, kriegerische Auseinandersetzungen, Versorgungskrisen etc.) sollten uns nun endlich zum Nachdenken und Handeln bewegen. Die Welt wird sich ändern: by disaster or by design!

Mitstreiterinnen und Mitstreiter gesucht!

Die GEW ist eine Mitmachgewerkschaft. Die tägliche Arbeit als Interessenvertretung in den Personalräten und gegenüber der Politik und anderen Verbänden kann für alle Kolleginnen und Kollegen nur dann wirkungsvoll geleistet werden, wenn wir auch personell eine starke Gewerkschaft sind. Es ist deshalb im Interesse aller Beschäftigten im Bildungsbereich wichtig, dass wir

- neue Mitglieder werben und
- sich viele Mitglieder an der ehrenamtlichen Arbeit in der GEW vor Ort beteiligen.

Deshalb unsere Bitte: Werdet aktiv! Interessierte Kolleginnen und Kollegen melden sich bitte telefonisch: 0541/259620 oder per Mail: gew-osnabrueck@t-online.de

Wer noch schneller informiert werden möchte, schicke bitte eine Mail an folgende Adresse:
gew-osnabrueck@t-online.de

Wir nehmen die Adresse dann in unseren Mailverteiler auf!
Die Daten werden selbstverständlich vertraulich behandelt und auf Wunsch auch wieder von der Mail-Liste gestrichen!